

Pressemitteilung

13. Dezember 1985

Nr. 177

Der Niedersächsische
Minister
für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Calenberger Straße 2 · 3000 Hannover
Telefon 120-2241/2242 · FS 922 709

Fragestunde in der 97. Sitzung des Niedersächsischen Landtages
am 13. Dezember 1985

Die Frage des Abgeordneten Trittin (Grüne)

Geruch von Dioxin

Wie der HAZ vom 29.11.1985 zu entnehmen war, hat der Landwirtschaftsminister bei einem Besuch der Giftmüll-Deponie Münchehagen (Kreis Nienburg) festgestellt, daß es dort nicht nach Dioxin "riecht".

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie riecht Dioxin?
2. Wäre es einem Wesen mit einem besseren Riechorgan als dem des Landwirtschaftsministers (etwa der Polizeisau Luise) möglich, eventuell vorhandenes Dioxin zu erschnüffeln?
3. Wie lange gedenkt der Landwirtschaftsminister noch mit Ausdrücken wie "colorierte Kohlenwasserstoffe" und "riechende Dioxine" auf die berechtigten Sorgen der Münchehagener Bevölkerung zu reagieren?

beantwortete der niedersächsische Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Gerhard Glup, wie folgt:

Die Landesregierung vermag diese Anfrage nicht ernst zu nehmen. Eine Antwort erübrigt sich damit.

Die Polizisten in Münchehagen müssen nun Schutzanzüge tragen

Neue Arbeitsschutzrichtlinien / Bohrtrupp stieß auf Gasblase

Eigener Bericht

ut. Hannover

Für die Polizeibeamten und anderen Landesbediensteten, die auf der umstrittenen Sondermülldeponie Münchehagen (Kreis Nienburg) Dienst tun, gelten jetzt erweiterte Arbeitsschutzrichtlinien. Darauf haben sich Ende Mai das Innen- und das Landwirtschaftsministerium in Hannover geeinigt. Wie berichtet hatte es besonders unter den Polizeibeamten in den letzten Monaten Kritik an den Sicherheitsvorkehrungen für die in Münchehagen eingesetzten Beamten gegeben. Mehrmals waren von Polizisten Gas- und Atemschutzmasken gefordert worden.

Zur Begründung der neuen Richtlinien, die vom Leiter der Polizeibehörde im Innenministerium, Hans-Peter Mahn, abgezeichnet sind, wird auf die öffentliche Diskussion um die Sondermülldeponie Münchehagen und die Kontroverse über Gesundheitsrisiken durch dort gelagerte Stoffe verwiesen. Diese Diskussion habe zu einer Verunsicherung der Beamten geführt, heißt es in dem vierseitigen Merkblatt. In ihm wird darauf hingewiesen, daß der Polizeieinsatz in Münchehagen auch weiterhin notwendig sei.

Begründet wird die Polizeipräsenz mit der Möglichkeit von Sabotageakten gegen das Giftmülllager. Die Polizei, so schreibt Mahn, solle Schadensausweitungen auf der Deponie verhindern und dadurch eine zügige Sanierung gewährleisten.

In dem Merkblatt wird ausdrücklich die

Diskussion um den Tod eines in Münchehagen eingesetzten Polizeibeamten aufgenommen. Die Ministerien räumen ein, daß bisher die Todesursache des im März gestorbenen Beamten nicht geklärt sei. In dem Merkblatt wird darauf hingewiesen, daß das Fresenius-Institut eine Gesundheitsgefährdung durch Chemieabfälle in der Deponie Münchehagen nicht ausschließt. Das Innen- und das Landwirtschaftsministerium ordnen in dem Merkblatt an, daß sich alle Bediensteten, die in Münchehagen in besonders belasteten Zonen arbeiten, vorher ärztlich untersuchen lassen müssen. In bestimmten Fällen müssen auch die Polizisten Schutzmasken und -anzüge tragen.

Unterdessen wurde aus Münchehagen ein neuer Vorfall bekannt: Bei Brunnenbohrarbeiten in einem Wäldchen neben der Deponie ist ein Bohrtrupp auf eine Gasblase gestoßen. Dem Bohrloch entströmte neben dem Gas eine gelbliche, übelriechende Flüssigkeit und versickerte im Boden.

Die Staatsanwaltschaft in Verden teilte am Mittwoch mit, daß sie mehreren neuen Strafanzeigen der Münchehagener Bürgerinitiative gegen Giftmüll (BI) nachgeht. Das von der BI am Dienstag - wie berichtet - vorgelegte Pressefoto, das die illegale Einlagerung französischen Giftmülls in der Deponie nachweisen sollte, ist als Beweismittel jedoch untauglich: Die Aufnahme war vom Fotografen irrtümlicherweise mit einem falschen Datum versehen worden. Das Foto entstand nicht 1981, sondern schon knapp zwei Jahre früher, im September 1979.